



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Das preußische Abgeordnetenhaus und die Bankfrage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

gefunden hätte. Wir wissen nicht, ob Rücksicht auf die Familie oder Pietät ihn bestimmt hat, daß eigene Urtheil gänzlich zurücktreten zu lassen; aber wir meinen, daß auch die größte Pietät nicht mehr abhalten darf, gerade und deutlich herauszusagen, was die Helden der großen Zeit besaßen und was ihnen fehlte. Denn was uns eine Biographie lieb und werthvoll macht, ist doch nur, daß wir vom Standpunkt unserer Bildung ein Verständniß und Urtheil gewinnen über das vollendete Leben. Die Liebe, welche der Biograph seinem Helden schuldig ist, soll sein Urtheil nicht zurückdrängen, sie soll ihm nur die höchsten Gesichtspunkte dafür an die Hand geben, damit es zugleich mild und fest erscheine.

### Das preußische Abgeordnetenhaus und die Bankfrage.

Daß eine Verständigung der Regierung mit der Majorität des Abgeordnetenhauses auch in dieser Session nicht erreicht wird, ist wohl niemandem mehr zweifelhaft. Wie gern die Volksvertretung eine zur Versöhnung ausgestreckte Hand erfaßt hätte, durch die zurückhaltenden Erklärungen der Minister und eine größere Vorsicht in Behandlung des Hauses wird noch nichts erreicht, da in der Hauptfrage die Regierung jede Concession verweigert hat. Den Abgeordneten bleibt nichts übrig als fest zu bleiben und den Kampf, dessen verhängnißvollen Zwang jetzt beide Parteien fühlen, beharrlich durchzuführen. Die besten Wünsche der preußischen Partei in Deutschland sind mit ihnen, wir wissen, daß es sich immer auch um unsere eigenen Interessen handelt, wenn wir mit Spannung die Sitzungsberichte durchmustern. Wohl geziemt den Außenstehenden, mit Achtung die Taktik zu beurtheilen, welche die Opposition in Preußen für zweckmäßig hält, und dies Blatt hat kaum nöthig, den warmen Antheil und die Sympathien mit der Majorität des Abgeordnetenhauses, mit den politischen Freunden und Führern der liberalen Partei in Preußen zu versichern. Wir sind überzeugt, daß sie die Gefahren ihrer Kampfmethode selbst deutlich erkennen. Denn jede Opposition, welche in die Lage gesetzt ist, in consequentem Widerstand gegen eine Regierung vorzugsweise zu negiren, kommt in die Lage, den gesammten Staatsorganismus zu stören.

Wie ungenügend eine Regierung sei und wie mangelhaft sie die höchsten Interessen wahrnehmen möge, sie leitet doch das derzeitige Leben des Staates und jedes systematische Widerstreben, auch das am höchsten berechnete, ist in Gefahr, wenn ihm nicht gelingt die Regierung zu besiegen, zugleich die nothwendigen Fortschritte des Staates zu gefährden. Wie gut ihr Recht war, wie lauter ihr Kampf sei, dadurch kann geschehen, daß ihr Recht zum Unrecht wird und daß auch das Volk selbst allmählig ihren Widerstand als ein Unrecht empfindet.

Diese Gefahr ist allerdings nur dann vorhanden, wenn die Opposition, wie jetzt die der Preußen, in der ganz unerhörten und unparlamentarischen Situation festgehalten wird, daß sie zwar durch die ihr gehörende Majorität die Handlungen der Regierung, namentlich ihre Finanzmaßregeln zu lähmen vermag, aber nicht die Kraft besitzt, die regierenden Minister selbst zur Abdication zu veranlassen. Die Verfassungsgeschichte der größeren modernen Staaten hat wenig Analogien eines solchen Mißverhältnisses und fast nur in Zeiten, welche gewaltsame Erschütterungen eines Staates einleiten. Deshalb ist auch die herkömmliche Taktik anderer Volksvertretungen auf die preußischen Zustände nicht durchaus anwendbar.

Von der preußischen Opposition zu verlangen, daß sie ihren Widerstand gegen die Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen aufgebe, heißt ihr Selbstvernickung zumuthen. Daß sie in der Budgetfrage, welche durch die neue Heeresorganisation aufgeregt ist, nur nach Concessionen der Regierung d. h. nach einer vollen Anerkennung ihres Rechtes weichen darf, darüber wird auch unter den preußischen Wählern, durch deren Stimmen das gegenwärtige Abgeordnetenhaus entstanden ist, wenig Zweifel sein. Aber der Gefahr, welche ein fortgesetzter Widerstand ohne günstige Resultate herbeiführt, vermag das Abgeordnetenhaus nur zu begegnen, wenn es nach allen Richtungen eine hohe und starke Empfindung für Ehre und Vortheil des Staates erweist. Die Wähler und das Ausland dürfen keinen Augenblick im Zweifel sein, daß der patriotische Stolz, das bessere Urtheil und die größte Opferfähigkeit bei ihr zu finden sind. Sie muß die unfruchtbare Defensivke, auf welche sie gedrängt ist, dadurch verdecken, daß sie sich als eifersüchtige Wahren der höchsten Interessen des Staates bewährt, nicht nur in Fragen der inneren Verwaltung und Gesetzgebung, nicht weniger in der Stellung des Staates nach Außen. Nur auf diesem Wege ist ihr möglich, die Sympathien für sich zu steigern. Daß die Opposition weder unter den Altliberalen noch unter den zusammenwirkenden Fractionen der Linken eine Persönlichkeit zählt, welcher vorzugsweise die Aufgabe zugefallen ist, diesen wichtigsten Theil der Kampfführung in der Partei und der Kammer zu vertreten, das ist zur Zeit ein großer Uebelstand.

Beispiele liegen nahe. Vor Kurzem ist ein Antrag in die Kammer gebracht worden, Consumsteuern zu ermäßigen, weil die gesteigerten Einnahmen des Staates dies verstateten. Wenn diese Maßregel beabsichtigt, die Sympathien der arbeitenden Classen zu gewinnen, so fürchten wir selbst dieser Zweck wird verfehlt. Denn auch der arme Consument muß sich sagen, daß es kein großes Verdienst ist, einen solchen Antrag einzubringen, wenn man doch von der Unmöglichkeit ihn durchzusetzen überzeugt ist. Nicht auf solchem Wege darf die Opposition ihre Popularität suchen. Wenn sie selbst heut durch einen Zufall in Besitz der Macht käme, sie würde die Staatseinnahmen nach dieser Richtung nicht vermindern, eher steigern müssen, denn in der That ist in Preußen von einer tüchtigen Regierung so viel zu schaffen und zu bessern, daß eine liberale Leitung in Versuchung kommen würde, nach neuen Einnahmequellen auszugehen. Alle Lehranstalten, die Förderung der Wissenschaft und Kunst, Beamtengehälter und vieles andere ist in ein so arges Mißverhältniß zu den Bedürfnissen der Gegenwart getreten, daß Preußen nach mancher Richtung, in welcher die Führerschaft seit hundert Jahren sein Stolz war, hinter andern Staaten Deutschlands bereits zurückgeblieben ist. Wollte die Opposition in den Staatseinnahmen eine Herab-

setzung beantragen, so gab es wohl andere Gelegenheiten, viel mehr geeignet, sie und den Staat populär zu machen. Die Rheinzölle z. B. sind eine Schande für Deutschland, ihre Aufhebung wäre eine der populärsten Maßregeln. Grade im letzten Jahre haben die Regierungen von Nassau und Hessen-Darmstadt ihre Pflicht, das Fahrwasser des Rheins in ihren Marken schiffbar zu erhalten, nicht erfüllt, sie haben sogar dem Anerbieten anderer Nachbarn, die Ausbaggerung zu besorgen, trotzigen Widerstand entgegengestellt, die Rheinschiffahrt war — zum Vortheil für die Eisenbahnen — in einer beispiellosen Weise gehemmt, die Klagen der Interessenten sind laut und dringend geworden. Wir nehmen gern an, daß das preussische Mitglied der Schiffahrtcommission seine Pflicht gethan und der Regierung über diese Vertragsverletzung zweier Kleinstaaten berichtet hat, die preussische Regierung aber hat nicht Zeit oder nicht den Willen gehabt, diesen Scandal zu beseitigen. Es gab für die Opposition kein besseres Mittel, sich Verdienst und Erfolg zu erwerben, als dadurch, daß man diese Angelegenheit zur Sprache brachte und gegenüber den abgeneigten Regierungen, welche hier einmal gemeinschädlich gehandelt hatten, das nationale Interesse entschieden wahrnahm. Durch eine Aufhebung der preussischen Rheinzölle — Baden hat sich dem Vernehmen nach schon früher zur Aufhebung der badischen bereit erklärt — würde ein unwürdiges Verhältniß beseitigt und durch peremptorische Maßregeln gegen die erwähnten Regierungen der Kleinstaaterei ein Schlag versetzt worden sein, bei welchem alle Welt mit Preußen sympathisirt hätte. Von solchen und größeren Dingen, welche außerhalb der preussischen Grenzen vorkommen, mußten die Führer der Majorität doch genau unterrichtet sein.

Ein ähnliches Interesse, noch größer und folgenreicher, hängt an der Erweiterung der preussischen Bank. Mit patriotischer Willfährigkeit haben die Actionäre die Erweiterung auf das preussische Gebiet zugegeben, die anfängliche Behandlung in der Kammer ließ einen schnellen und günstigen Verlauf der Regierungsanträge hoffen. Wider Erwarten hat sich ein principieller Widerstand innerhalb der Opposition erhoben, die wichtige Maßregel droht durch Bedenken des Abgeordnetenhauses vereitelt zu werden.

Das hohe Haus der Abgeordneten ist keine Versammlung von Börsenmännern oder Lehrern der Nationalökonomie, es ist eine politische Körperschaft und die politischen Gesichtspunkte müssen in dieser Frage maßgebend für seinen Entschluß werden. Daß aber die Ausdehnung der preussischen Bank über die Hauptplätze Deutschlands — und diese wird die unmittelbare Folge der projectirten Erweiterung sein — von tiefgreifender Wichtigkeit für die Stellung Preußens zu den übrigen deutschen Staaten werden muß, liegt auf der Hand. Nicht nur die Herrschaft der preussischen Valuta in andern Landschaften wird dadurch gesichert, auch Capital und Industrie der Deutschen werden in hundertfache enge Verbindung mit Preußen gebracht, für ein weites Gebiet reeller Interessen wird ein neues Band zwischen den Preußen und ihren deutschen Nachbarn geschlungen. Es giebt kein bescheideneres und im Augenblick kein besseres Mittel, Bedeutung und Nutzen des deutschen Großstaats dem Verkehrsleben eindringlich zu machen. Dies Prinzipat ist durch den Egoismus der Kleinstaaten nicht zu hindern, seine Wirkung zu vereinigen ist nicht aufzuhalten. Die Maßregel wird bei geschickter Ausführung, welche die kleinen Banken der einzelnen deutschen Staaten zuvorkommend behandelt, grade auf dem Ge-

biet Propaganda für Preußen machen, wo Zeitungsartikel und begeisterte Reden am wenigsten Gewalt haben.

Zuverlässig unterschätzen nur wenige der Abgeordneten die große politische Wichtigkeit des Projects; die Abneigung auf die Vorlage der Regierung einzugehn hat, wie es scheint, den theoretischen Grund, daß man die monarchische Herrschaft der preußischen Staatsbank überhaupt für einen nationalökonomischen Uebelstand hält und die freie Entwicklung auch der Geldinstitute durch Thätigkeit der Privaten gefördert wünscht. Wir wollen unsern Freunden im Abgeordnetenhause, welche diese Richtung vertreten und zuweilen mit der englischen Manchesterpartei verglichen werden, nicht entgegenhalten, daß zur Zeit noch sämmtliche große Culturstaaten Europas die Staatsbanken nicht für entbehrlich halten und daß der Mißbrauch, welcher durch gewissenlose Regierungen mit diesen Instituten getrieben wurde und der Druck, welchen sie durch ihre Präponderanz zuweilen auf den Geldmarkt ausübten, nicht vorzugsweise in ihrem Wesen, sondern dem ihnen auferlegten Zwange oder in mangelhaften Statuten begründet ist und bei der gegenwärtigen Entwicklung des Geldverkehrs immer noch durch größere Vortheile aufgewogen wird. Man darf vielmehr bereitwillig einräumen, daß die Decentralisation des Bankverkehrs eine der idealen Forderungen ist, auf denen die Theorie mit Recht besteht. Und wir werden uns freuen, wenn den preußischen Verfechtern dieser Ansicht in irgendeiner Zukunft gelingt, durch ihren Einfluß auf eine künftige Regierung alle nach dieser Richtung wünschenswerthen Reformen durchzusetzen.

Indeß aber besteht einmal die preußische Bank. Durch eine principielle Opposition gegen ihre Stellung wird ihre Jahresbilance auch nicht um einen Thaler verändert, sie ist eines der größten und am höchsten geachteten Geldinstitute Europas, sie ist in der nächsten Zukunft durch keine andere Einrichtung zu ersetzen und zu beseitigen, sie ist eng mit dem Leben des preußischen Geldverkehrs verwachsen, ihre Noten sind schon jetzt das herrschende Papiergeld Deutschlands und Freunde wie Gegner sind froh, das Wappen der wilden Männer in der Tasche zu tragen. Heißt das erfolgreich ihr Princip bekämpfen, wenn man gerade eine große und segensreiche politische Verwendung derselben verhindert? Die möglichen Nachtheile einer großen bevorzugten Bank werden durch ihre Ausdehnung auf außerpreussische Plätze bei tüchtiger und vorsichtiger Leitung, die ihr von niemand bestritten wird, in Wahrheit nicht größer, der politische Vortheil ist ein sehr großer, naheliegender, unzweifelhafter. Wir meinen, das Haus der Abgeordneten darf nicht einer Theorie zu Liebe gegen eine Operation reagiren, welche überall von unparteiischen Geschäftsmännern, wie von den Freunden Preußens als eine sehr löbliche und vielverheißende Maßregel betrachtet wird. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses in dieser Frage wird mehr als mancher andere, welcher die Parteien leidenschaftlicher aufregt, einer nüchternen und sachverständigen Kritik unterworfen werden und er wird ein wesentliches Moment für die Schätzung, nicht des Patriotismus und nicht der Intelligenz im Abgeordnetenhause, wohl aber für Schätzung der politischen Zukunft werden, welche die gegenwärtige Majorität zu hoffen hat.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. A. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.